



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Tag der Befreiung als Gedenk- und Feiertag

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der 8. Mai 1945 markiert mit dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutsche Reich und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht das Ende des Zweiten Weltkriegs. Der militärische Sieg über Deutschland war die notwendige Voraussetzung, um die Verbrechen der Wehrmacht und den industriellen Massenmord der Deutschen an den europäischen Jüdinnen und Juden, an den Sinti und Roma, Behinderten, Kranken, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, den verschleppten Slawinnen und Slawen, den politischen Gefangenen, jenen, die sich in den Widerstand begeben hatten und allen, welche in der nationalsozialistischen Ideologie zu Feinden erklärt wurden, zu beenden. Der 8. Mai soll daher in der Öffentlichkeit als „Tag der Befreiung“ vom Nationalsozialismus mit einem Gedenk- bzw. Feiertag verankert werden. Der Landtag spricht sich dafür aus, den in diesem Jahr bevorstehenden 75. Jahrestag der Befreiung als einen öffentlichen Gedenktag zu begehen.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, am 8. Mai 2020 einen öffentlichen Gedenkakt gemeinsam mit dem Landtag auszurichten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene in geeigneter Weise dafür einzusetzen, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum bundesweiten Feiertag zu erklären.

Begründung

Mit dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutsche Reich endeten der von den Deutschen begonnene Zweite Weltkrieg und die Herrschaft der Nationalsozialisten. Erst 40 Jahre später setzte sich mit der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker das Wort vom „Tag der Befreiung“ durch. Es waren nicht die Deutschen, die den Krieg und den Holocaust stoppten, sondern es waren die Truppen der Alliierten, welche die Deutschen daran hinderten, den Krieg und den industriellen Massenmord weiter zu betreiben. Sie zwangen die Wehrmacht zur bedingungslosen Kapitulation, sie befreiten die Überlebenden aus den Konzentrationslagern, sie beendeten die nationalsozialistische Herrschaft.

(Ausgegeben am 19.02.2020)

Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e. V. und Überlebende der Shoa forderte im Januar erneut in einem offenen Brief: „Der 8. Mai muss Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes.“ Auch der Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) beschloss im Jahr 2018: „Der DGB setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass der 8. Mai als gesetzlicher Feiertag durchgesetzt und etabliert wird. [...] Es soll außerdem darauf hingewirkt werden, dass an diesem Tag bundesweit Veranstaltungen zum Thema Antifaschismus durchgeführt werden.“

Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Faschismus sind nicht verschwunden, nicht zuletzt der Anschlag in Halle hat die akute Bedrohung jüdischen Lebens auch in Sachsen-Anhalt gezeigt. Dem Anschlag folgten Hakenkreuzschmierereien am Eingang des jüdischen Friedhofs in Eisleben. Gleichzeitig sind auch im Landtag von Sachsen-Anhalt mit der AfD wieder Rechtsextremisten in Fraktionsstärke vertreten die Geschichtsrevisionismus betreiben, deren Bundesparteichef Stolz auf die „Leistungen“ der Wehrmacht einfordert und deren „Flügel“ für ein Ende des Gedenkens kämpft. Ein Ende der Aufarbeitung, des Erinnerns und des Gedenkens bedeutete auch ein Ende der Analyse des Nationalsozialismus und des Fortbestehens nationalsozialistischer Ideologie - in Teilen der Gesellschaft wie in Teilen dieses Landtags.

Der 8. Mai muss auch die Frage aufwerfen, wie sich die postnationalsozialistische Gesellschaft zu den Taten der vorhergegangenen Generationen verhält. Die heutige Existenz der Bundesrepublik verdanken wir den Alliierten, auch daran gilt es zu erinnern. Erinnern und Gedenken sind jedoch sinnlos, wenn sie nicht danach fragen, warum so viele Deutsche so bereitwillig Nationalsozialisten wurden, warum sie den industriellen Massenmord tätig betrieben, warum sie wegsahen, warum sie „Sieg Heil“ schrien, warum sie für einen völkischen Staat kämpften und mordeten und welche Kontinuitäten bis heute bestehen. Gedenken und Erinnern muss diesen Fragen nachgehen. Dies mit einem Gedenktag am 75. Jahrestag der Befreiung zu tun, ist daher eine Aufgabe, die aus Verantwortung erwächst. In Zeiten, in denen Jüdinnen und Juden sich fragen, ob sie in der Bundesrepublik eine Zukunft haben, ist dieses Signal dringend notwendig. Und es ist eine Möglichkeit, die Bedeutung des 8. Mais als Tag der Befreiung und als notwendige Voraussetzung einer demokratischen Bundesrepublik und einer freien Gesellschaft stärker im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern.

Aufarbeitung, Erinnern und Gedenken sind kein Selbstzweck. Sie müssen zuallererst der Forderung verpflichtet sein, die sich aus den ungeheuerlichen Verbrechen der Deutschen ergibt: Dass sie sich nie wiederholen dürfen. „Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“, schrieb der Schriftsteller Primo Levi, der das Konzentrationslager Auschwitz überlebte. Den 8. Mai als Feiertag zu verankern ist auch dieses Erkenntnis geschuldet.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender